



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Schleswig-Holstein lehnt Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit durch neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/382

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 14. Dezember 2012 überwiesenen Antrag in seiner Sitzung am 19. Dezember 2012 abschließend befasst.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Antrags der Fraktion der PIRATEN, Schleswig-Holstein lehnt Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit durch neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab, Drucksache 18/382.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende